

MITTEILUNGEN DES FDP KREISVERBANDES SOLINGEN

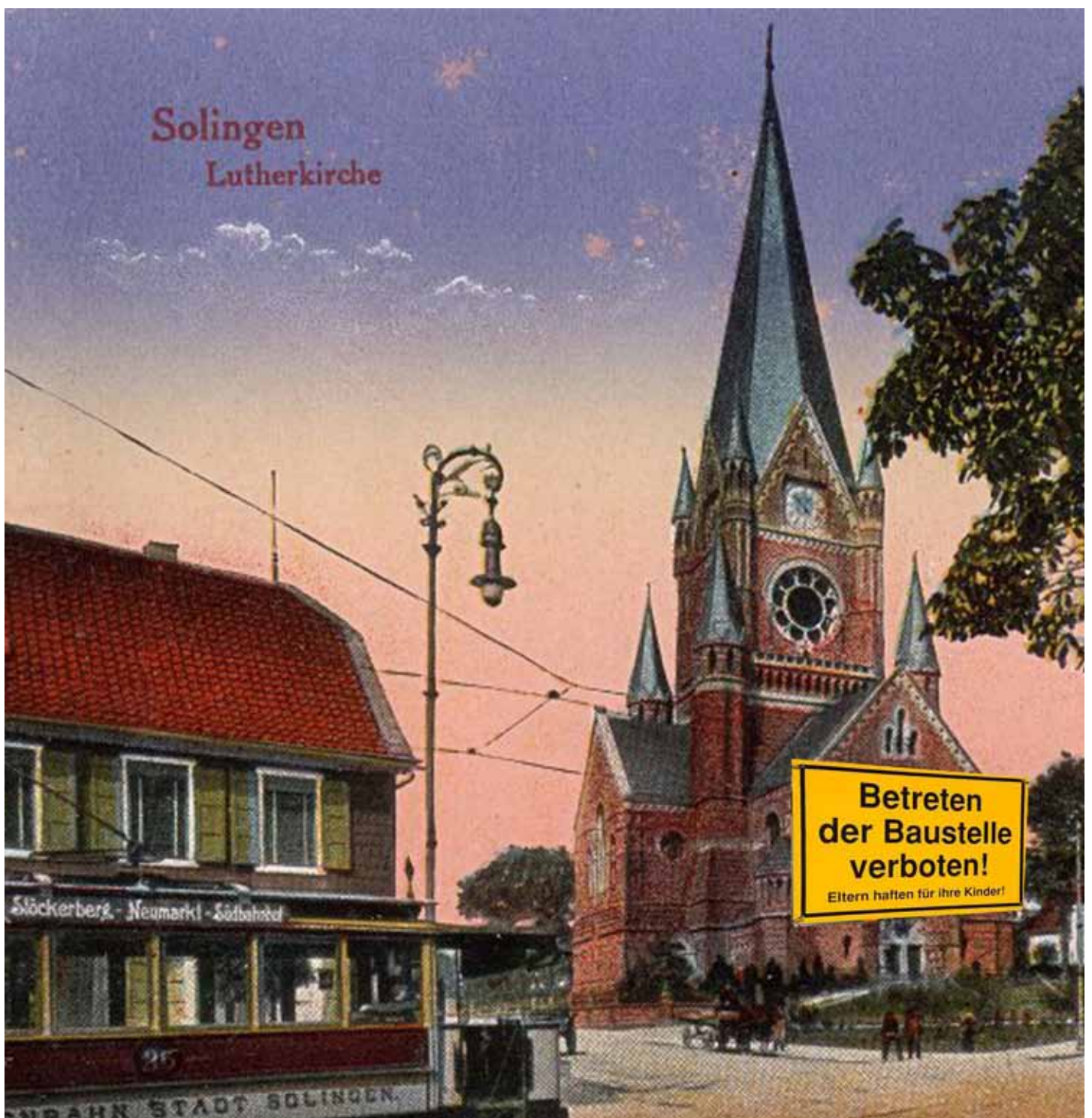
# Solingen *liberal*

**FDP**

**SOLINGEN**

AUSGABE 11/2011

UND DER FDP-FRAKTION IM RAT DER STADT SOLINGEN





## Woll'n wir mal so sagen...

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

in der letzten Zeit erlebt man mehr und mehr, dass Politiker aller Parteien die Politikverdrossenheit der Bürger dadurch beheben wollen, indem sie die Bürger an der Entscheidungsfindung beteiligen. Man nennt das heute digitale Demokratie.

Auch die Liberalen in Solingen haben sich bereits vor Jahren dafür ausgesprochen, im Zuge der Haushaltskonsolidierung auf den Bürgerhaushalt zurückzugreifen und die Präferenzen der Bevölkerung abzufragen. Dieses war und ist eine richtige Entscheidung, um die Politik über die Wünsche der Bevölkerung zu informieren und den schwierigen Prozess der finanziellen Gesundung entsprechend gestalten zu können. Die in großen Teilen positiven Erfahrungen des Vorjahres geben uns vor Ort Recht.

Es geht nun aber weiter: Da werden die Bürger in Solingen von der Verwaltung mit einem Katalog von Möglichkeiten befragt, was sie am Winterdienst und der Straßenunterhaltung verbessern würden, da kann in den Online-Befragungen von lokalen Medien die Frage beantwortet werden (in der Regel mit einem einfachen Ja oder Nein) ob man in einer bestimmten Sache etwas tun sollte oder nicht, und alle stieren auf das Resultat und die angebliche Mehrheitsmeinung. Mal abgesehen davon, dass sich an solchen Befragungen nur ein geringer, m. E. ein zu vernachlässigender Teil, der Bevölkerung beteiligt, werden die

Antworten vielfach von Dingen beeinflusst, die mit der Sache und den erforderlichen Sachkenntnissen nichts zu tun haben. Sicher hat meine Großmutter viele Entscheidungen „aus dem Bauch heraus“ gefällt, und sie lag damit in der Regel richtig, was ihre Finanzen anbetrifft (jedenfalls besser als manch ein Banker, Kämmerer und Finanzminister). Um aber bei komplexen Problemstellungen eine richtige Entscheidung zu fällen, bedarf es vielfach einer intensiven Befassung mit der Sache.

Ich glaube, dass wir die Idee einer „plebiszitären Online-Demokratie“, wo die Bürger überall oberflächlich informiert werden, um anschließend mitreden und mitentscheiden zu können, nicht für die Lösung aller Probleme in unserer Gesellschaft einsetzen können. Das ist und bleibt eine Wunschvorstellung und würde unsere repräsentative Demokratie mit ihren Institutionen nicht flankieren, sondern überflüssig machen. Machen wir uns nichts vor: Das Volk will sich nicht vom Wohnzimmer aus selbst regieren, und ein nicht zu unterschätzender Teil der Bürger ist nicht an der Politik interessiert.

Das Internet ist nicht geeignet, die Meinung der Bürger zu allen wichtigen Fragen einzuholen. Wenn alle politischen Entscheidungen einer zufällig zusammengesetzten Internetgemeinde unterworfen werden, können Bund, Länder und Gemeinden nicht mehr verantwortungsvoll regiert werden. Eine Gesetzgebung unmittelbar durch das Volk ist im Grundgesetz nicht vorgesehen. Es geht bei der

Bürgerbeteiligung nur um eine sinnvolle Beteiligung an der Meinungsbildung. Es wäre falsch, wenn es darum ginge, auf Sicht die direkte Demokratie einzuführen. Trotz der sinnvollen Bürgerbeteiligung im Zuge der „Bürgerbeteiligten Haushaltssicherung“ entscheidet letztendlich der Rat mit den gewählten Vertretern über den Haushalt, nur die Grundlage für die Entscheidung ist verbreitert worden. Der Dialog mit den Bürgern sollte bei neuen Projekten frühzeitig beginnen. Projekte sollten in der Öffentlichkeit mit größtmöglicher Transparenz und Nachvollziehbarkeit rechtzeitig vorgestellt werden, z. B. mit einem Bürgerbüro auf der Baustelle und dem problemlosen Zugang zu den relevanten Informationen. Die Kosten für die Kommunikation sollten in die Projekte eingerechnet werden.

Die sinnvoll eingesetzte Bürgerbeteiligung ist eine begrüßenswerte Ergänzung unserer Demokratie und hat nicht den Zweck, das repräsentative System auszuhebeln.

Mit liberalen Grüßen  
Ihr

Ulrich G. Müller  
(Kreisvorsitzender)

## Bericht aus der Fraktion 03/2011



Gabi Reimers (Fraktionsvorsitzende)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde!

Auch in dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitschrift möchte ich Sie über einige aktuelle Ereignisse aus der Ratsfraktion informieren.

Nach den Anstrengungen des Vorjahres und dem Schnüren eines Sparpakets über strukturell ca. 40 Millionen € wurde der Solinger Kommunalpolitik sehr spät im Jahr 2011 endlich ein Haushalt vorgelegt. Nach den permanenten Verzögerungen hatten wir mehrfach darauf gedrängt, den Haushalt endlich vorzulegen: Einerseits, um die Kommunalpolitik über die gegenwärtige Situation zu informieren und Transparenz über die Lage der städtischen Finanzen zu schaffen, andererseits, um der Öffentlichkeit „reinen Wein“ einschenken zu können. Objektiv betrachtet, handelt es sich bei dem nun vorliegenden Haushalt um einen Haushalt des Überganges, er steht zwischen dem Sparpaket des Sommers 2010 und den weiteren notwendigen Konsolidierungsschritten. Die meisten Positionen unter dem Haushalt 2011 wurden bereits vollzogen, so dass politische Einflussnahme sich darauf beschränkt, die Richtung zu beurteilen und Maßnahmen für die nähere Zukunft einzuleiten.

Um dieses zu ermöglichen, trafen sich die Mitglieder der Gesamtfraktion Mitte September vor den Toren der Klingenstein im benachbarten Langenfeld zu einer zweitägigen Klausurtagung. Hier verständigte man sich auf den Kurs der FDP-Fraktion in Hinblick auf den vorliegenden Haushalt, aber auch auf den zukünftigen Kurs. Es liegt für uns Liberale klar auf der Hand, dass das verabschiedete Sparpaket erst ein Schritt in Richtung Haushaltskonsolidierung ist, dieses aber bei weitem nicht ausreicht, um die Solinger Finanzen zu gesunden. Die FDP-Fraktion machte mit der Formulierung ihrer Positionen klar, wohin der Weg mit uns gehen wird - auch in Hinblick auf den richtungsweisenden Folgehaushalt 2012. Kein Zweifel besteht daran, dass unser Haushalt nur über strengste Ausga-

bendisziplin konsolidiert werden kann. Der Weg der Einnahmeerhöhungen kann und darf nicht weiter beschränkt werden. Die zurückliegende Erhöhung von Abgaben und Eintrittspreisen, bzw. der Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer war schmerzhaft und darf nicht exemplarisch sein für die weiteren Anstrengungen. Das Ende der Fahnenstange ist erreicht, und der Verlust von wichtigen Gewerbesteuerzahlern sollte uns ein warnendes Beispiel sein, dass eine „Steuererhöhungssorgie“ kontraproduktiv wirkt. Für Liberale ist es unstrittig, dass Solingen nur mit einer gesunden Wirtschafts- und Sozialstruktur zukunftsfähig ist und eine lebenswerte Zukunft in kommunaler Selbstverwaltung hat. Akzente setzen konnten wir mit unseren Überlegungen zur Vermarktung von Gewerbeflächen, der Straffung der Verwaltung, Konzepten zur Elternbeitragssatzung und den städtischen Altenzentren oder klaren Bekenntnissen zur Kulturlandschaft (Erhalt der Bergische Symphoniker, die Müngstener Brücke als UNESCO-Weltkulturerbe, etc.).

Mit großer Erleichterung nahmen wir zur Kenntnis, dass die rot-grüne Landesregierung nach massiver Kritik (auch aus Solingen) endlich beim „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ nachbesserte und den Kommunen somit eine gangbare Perspektive aufzeigt. Waren die ersten Überlegungen noch vollkommen unzureichend, sind nun Hilfen in Aussicht gestellt worden, die der Klingenstein eine „Hilfe zur Selbsthilfe“ ermöglichen. Ohne Frage ist dieses aber nur eine flankierende Maßnahme, dieser müssen zwingend weitere Anstrengungen Solingens folgen, um den Weg aus der Schuldenfalle zu finden. Es muss sich parallel dazu endlich die konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips durchsetzen. Stärkungspakt hin oder her: Ohne die faire Ausstattung der Kommunen ist eine Übertragung von Aufgaben inakzeptabel, dieses war aber bei vielen Landes- und Bundesregierungen (unabhängig der Farbenlehre) leider viel zu oft der Fall. Grund zur Hoffnung geben entsprechende Signale aus Berlin

und erfreuliche erste Schritte, z.B. die Übernahme von Soziallasten durch den Bund.

Im Zuge der mitunter kontrovers geführten Diskussion um das „Sozialticket“ als Pilotprojekt der Landesregierung mit den nordrhein-westfälischen Verkehrsverbänden hat die FDP-Fraktion bewiesen, dass sie es mit der Konsolidierung ernst meint und auch vor unpopulären Maßnahmen nicht zurückschreckt. Es ist überflüssig, in Sonntagsreden die Fehler der Vergangenheit und die unverhältnismäßige Ausgabenfreude früherer Jahre zu beklagen, wenn man auch in der Gegenwart nicht willens ist, bestehende Ausgaben zurückzufahren und neue kritisch zu hinterfragen. Exemplarisch für den Sparwillen haben wir Kurs gehalten und dem Pilotprojekt nur unter der Bedingung zugestimmt, dass dem kommunalen Haushalt keine Belastungen entstehen. Dieses wurde nicht überall mit Applaus goutiert, ist aber der einzig richtige Schluss.

Grund zur Sorge sollten uns zwei Entwicklungen der zweiten Jahreshälfte geben: Zum einen mussten die demokratischen Kräfte in Solingen leider erleben, dass es nicht zu leugnende radikale Tendenzen in politischen Strömungen gibt. Für die Aussagen der stellvertretenden Vorsitzenden der Linkspartei zur DDR fehlen mir die Worte, und es ist zu bezweifeln, ob es sich hier um verirrte und isolierte Einzelmeinungen handelt. Wie sich der Bruch der Ratsfraktion und die Umbenennung in „DSW“ auf das Miteinander der Fraktionen und die Arbeit der vermeintlichen „Gestaltungsmehrheit“ aus SPD, Grünen, BfS und DSW auswirkt, ist noch nicht abzusehen. Andererseits war es in der jüngeren Vergangenheit zu beobachten, dass sich der Ton zwischen dieser Mehrheit und dem Oberbürgermeister verschärft. Es ist legitim, den OB zu kritisieren und in Sachfragen eine andere Meinung zu vertreten. Permanente Schuldzuweisung für alle Fehlentwicklungen der Vergangenheit und Gegenwart, bzw. dauerhafte Vorhaltungen und müßige Vergleiche mit dem Amtsvorgänger

## Termine

**13.12.11, 19:00**  
Stammtisch OV Wald + Ohligs  
Pizzeria Mamma Rosa,  
Bonner Str. 54

**17.12.11**  
JuLis Köln Aktion gegen Soziale  
Kälte und Weihnachtsfeier

**15.01.2012**  
Neujahrsempfang FDP NRW

**22.01.12**  
Neujahrsempfang der FDP  
Rhein-Berg mit dem  
Fraktionsvorsitzenden der FDP  
Rainer Brüderle MdB

**Februar 2012**  
Ortsparteitage

**März 2012**  
Kreisparteitage

**14.04.2012**  
Landesparteitag FDP NRW

**20.04.2012**  
Bundesparteitag



sind nicht zielführend. Eine unflätige Beschimpfung des Oberbürgermeisters als Höhepunkt eines dauerhaft scharfen Tonfalls ist zweifelsohne inakzeptabel und schadet sowohl dem Amt als auch der demokratischen Streitkultur. Eine interessante Betrachtung dieser Problematik können Sie in der Ihnen vorliegenden Ausgabe von „So-

lingen Liberal“ nachlesen. Zum Schluss meiner Ausführungen danke ich den Mitgliedern der Ratsfraktion nochmals ausdrücklich für das große Verständnis für meine gesundheitlich bedingte Auszeit und die breite Mehrheit für eine zeitweilige Vertretungslösung durch das Ratsmitglied Ulrich G. Müller.

Ich freue mich sehr, schon bald wieder bei Ihnen zu sein!

Ihre

Gabi Reimers  
(Fraktionsvorsitzende)

## Politische Streitkultur im Solinger Stadtrat



Volker Klein

Politiker und auch Oberbürgermeister müssen öffentliche Kritik akzeptieren, Umgang mit Kritik gehört zu den schwierigsten Aufgaben im zwischenmenschlichen Bereich. Wer wird schon gerne auf Fehler hingewiesen? Diese Kritik kann aber auch sehr ungerecht sein - hier gilt der bekannte Satz des früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann: „Wenn man auf einen anderen Menschen zeigt, zeigen drei Finger auf einen zurück.“

Es stört, wenn die Sachauseinandersetzung hinter den persönlichen Streit (wie in der jüngsten Ratssitzung im Oktober gegenüber dem Solinger Oberbürgermeister geschehen) zurücktritt. Bei einer politischen Auseinandersetzung sollte stärker die inhaltliche Debatte im Vordergrund stehen und nicht das Verächtlichmachen des Gegners. Der Dialog ist die Lehre von der Kultur der Toleranz, d.h. konstruktive Absage an jede Form der Besserwisseri und an jedes heimliche Misstrauen in die Absichten des anderen. Die Wortwahl sowie die Ausdrucksweise sollten stets so angelegt sein, dass keine Irritationen entstehen, denn sonst erwachsen Gegensätze, die keine gemeinsame Sprache mehr kennen lassen. Eine verbale Auseinandersetzung, die nicht der Aufklärung eines konkreten Sachverhalts dient, sondern die Beschädigung des politischen Gegners zum Ziel hat, schadet am Ende allen Beteiligten.

Es erscheinen auch auf den Internetseiten der sog. Gestaltungsmehrheit öffentliche Kritiken. Es ist unter anderem von Untätigkeit in wichtigen Fragen und mangelnder Kommunikationsfähigkeit die Rede, der OB lege seinen Schwerpunkt offenbar eher auf tägliche Fotos in der Zeitung - alles diene einzig der optimalen Medienpräsenz. Kritikfähigkeit ist sicherlich



eine sehr wichtige soziale Kompetenz, dennoch kommt es darauf an, wie jemand die Kritik formuliert. Ein ausfallender Ton ist ebenso unangebracht wie unlautere Beschuldigungen. Daher sollten die Kritiker bei ihrem Vorgehen nicht vergessen, das hier auch das öffentliche Amt des Oberbürgermeister durch solche Äußerungen beschädigt wird. Es erscheint mir von grundlegender Wichtigkeit, dass der Umgang im Solinger Stadtrat und seinen Gremien, sei es gegenüber dem Oberbürgermeister, der Verwaltung oder innerhalb der politischen Mandatsträger, geprägt sein sollte von mehr Sensibilität und gegenseitigem Respekt.

Vor diesem Hintergrund bin ich dankbar, dass wir Liberale immer eine sachliche und inhaltliche Auseinandersetzung politischer Themen bevorzugt haben und dieses auch weiterhin werden. In aller Deutlichkeit sagen, was wir tun und tun das, was wir sagen.

Volker Klein



Die VLK in NRW stellt sich vor: Die „Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker“ – was verbirgt sich hinter diesem Verband eigentlich? Bereits seit 1978 helfen wir dabei, die Arbeit aller liberalen Kommunalpolitiker auf der Ebene der Städte und Gemeinden zu koordinieren. Wir unterstützen den Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen allen, die für die liberalen Ideen eintreten – seien es Einzelpersonen oder Fraktionen. Unser Ziel ist es, dass möglichst viele liberale Prinzipien auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. Hier liegt die Wurzel der Demokratie. Wir wollen eine liberale Kommunalpolitik mit Herz und Verstand, bei der die Rechte und die Freiheiten des Bürgers an erster Stelle stehen. Deswegen streiten wir für lebendige Städte, Gemeinden und Kreise mit hoher Lebensqualität, für wirtschaftlich starke Kommunen, für eine offensive Gestaltung des demographischen Wandels, für optimale Bildungschancen in regionalen Bildungslandschaften und für die liberale Bürgergesellschaft.

Unsere Leistungen für Sie

Wir veranstalten für Sie vor Ort Seminare und Fortbildungen zu relevanten kommunalpolitischen Themen und führen regelmäßig Bildungsreisen durch.

Wir beraten Sie – auch in Rechtsfragen – und tragen so zur Lösung von Problemen auf der kommunalen Ebene bei. Darüber hinaus erarbeiten wir für Sie Richtlinien und Muster für Ihre politische Arbeit vor Ort und fördern den Ideenaustausch.

Mit unserem Newsletter und unserem Mitglieder magazin informieren wir unsere Mitglieder regelmäßig über landes- und bundespolitische Themen mit kommunalem Bezug.

Gegenüber den FDP-Fraktionen des Landtages und des Bundestages vertreten wir die kommunalpolitischen Interessen und steuern zu den liberalen Inhalten die kommunale Perspektive



Jochen Dürrmann  
VLK-Vorsitzender

bei. Wir halten Kontakt zu den kommunalen Spitzenverbänden sowie anderen für die Kommunalpolitik wichtigen Institutionen und pflegen unsere Netzwerke.

Wir unterstützen Sie, wenn Sie geeignete Kandidaten für offene Stellen suchen.

... und vieles mehr! Kurzum: Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst viele liberale Grundsätze in die Politik vor Ort einfließen und wollen Sie bei Ihrer Arbeit optimal unterstützen.

Sie haben Fragen zu unserem Angebot? Sprechen Sie uns an! Wir würden uns freuen, wenn Sie mit uns in Kontakt treten und bei der VLK mitwirken. Wir unterstützen Sie bei Ihrem politischen Engagement und sind auf den Austausch mit Ihnen gespannt.

Ihr Jochen Dürrmann  
VLK-Vorsitzender

Gut  
zu  
wissen...



### Aufgaben des Regionalrats

Die Aufgaben des Regionalrats sind in § 9 Landesplanungsgesetz (LPIG) beschrieben:

- Er stellt den Regionalplan auf.
- Er befasst sich mit raumbedeutsamen und strukturwirksamen Planungen und Förderprogrammen und -maßnahmen des Landes von regionaler Bedeutung.
- Er beschließt über Verkehrsinfrastrukturplanung und Ausbau- und Förderprogramme.
- Er wirkt auf die Beachtung der Ziele der Raumordnung und die Berücksichtigung der Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung hin.

Der Regionalrat tagt mindestens vier Mal jährlich.

Seine Sitzungen werden von drei Ausschüssen vorbereitet: dem Planungsausschuss, dem Strukturausschuss und dem Verkehrsausschuss. Jeder Ausschuss besteht aus 17 Personen, die vom Regionalrat gewählt werden.

Soweit es sich dabei ausnahmsweise nicht um Mitglieder des Regionalrats handelt, ist ihre Funktion mit der von sachkundigen Bürgern in den Räten vergleichbar. Die im Regionalrat vertretenen Parteien kommen vor Regionalratssitzungen und ggf. Ausschusssitzungen zu Beratungen in Fraktionssitzungen zusammen.

Um seinen Aufgaben gerecht zu werden, lässt sich der Regionalrat sowohl im Plenum als auch in den Ausschüssen regelmäßig von der Bezirksregierung über alle regional bedeutsamen Entwicklungen informieren.

Weitere Angaben finden Sie unter: [www.fdp-fraktion-rrd.de](http://www.fdp-fraktion-rrd.de) oder bei unserem Solinger Mitglied des Regionalrates: Ulrich G. Müller 0212-3811130, [u.g.mueller@fdp-sg.de](mailto:u.g.mueller@fdp-sg.de)

# Die Solinger FDP zu Gast in unserer Sternwarte



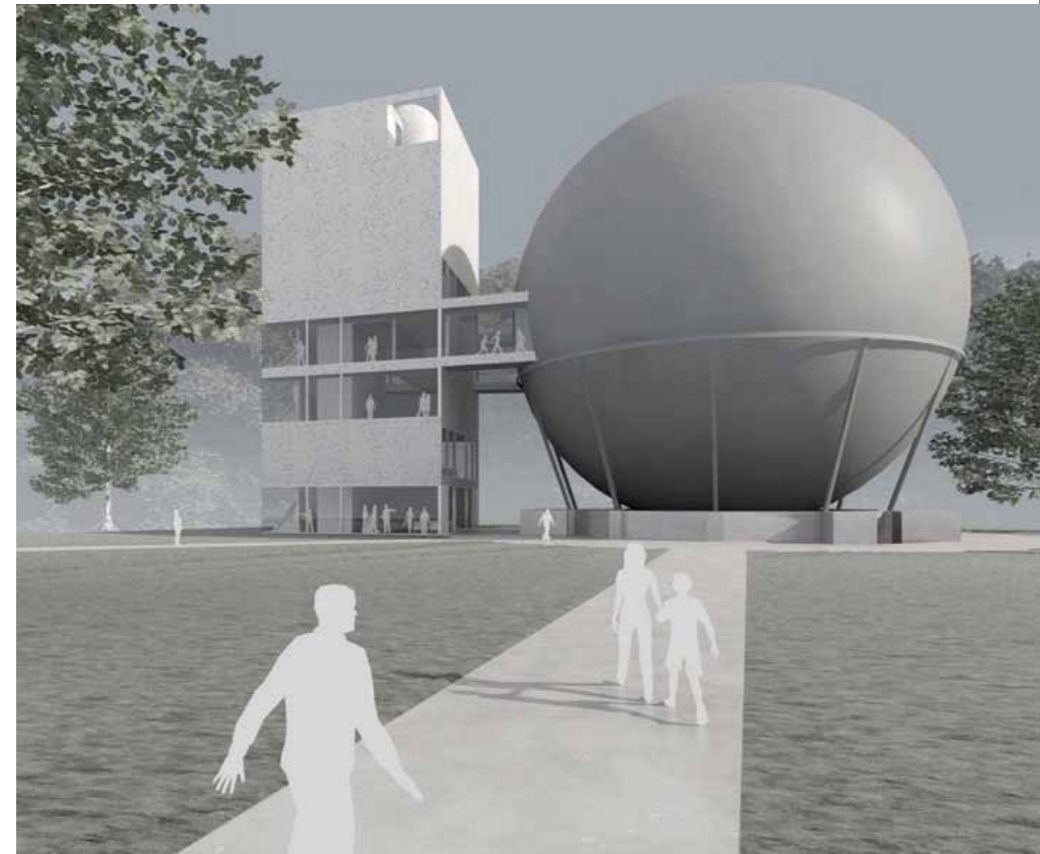
Am 3. November haben die Ortsverbände Wald und Ohligs zu einem Abend in die Solinger Sternwarte eingeladen.



Herr Dr. Lungenstraß führte uns durch den Abend, der mit einem Videovortrag über die „Gefangenen der Sonne“ begann. Gemeint sind damit die Planeten unserer Galaxie, die im Einfluss der Sonne stehen und sie in mehr oder weniger elliptischen Bahnen umrunden. Sie wurden uns mit eindrucksvollen Bildern und ihren Daten - Größe, Beschaffenheit, Temperaturen, Entfernungen voneinander, Umlaufgeschwindigkeiten etc. vorgestellt. Nach dem Videovortrag berichtete uns Herr Dr. Lungenstraß vom

aktuellen Stand in der Sache „Galileum“: Geplant ist in der ehemaligen „Gaskugel“ der Stadtwerke Solingen in Ohligs ein Planetarium einzurichten und mit neuen Gebäuden dort der Sternwarte ein neues Zuhause zu geben, das weitaus besser nutzbar ist als der derzeitige Komplex an der Sternstraße.

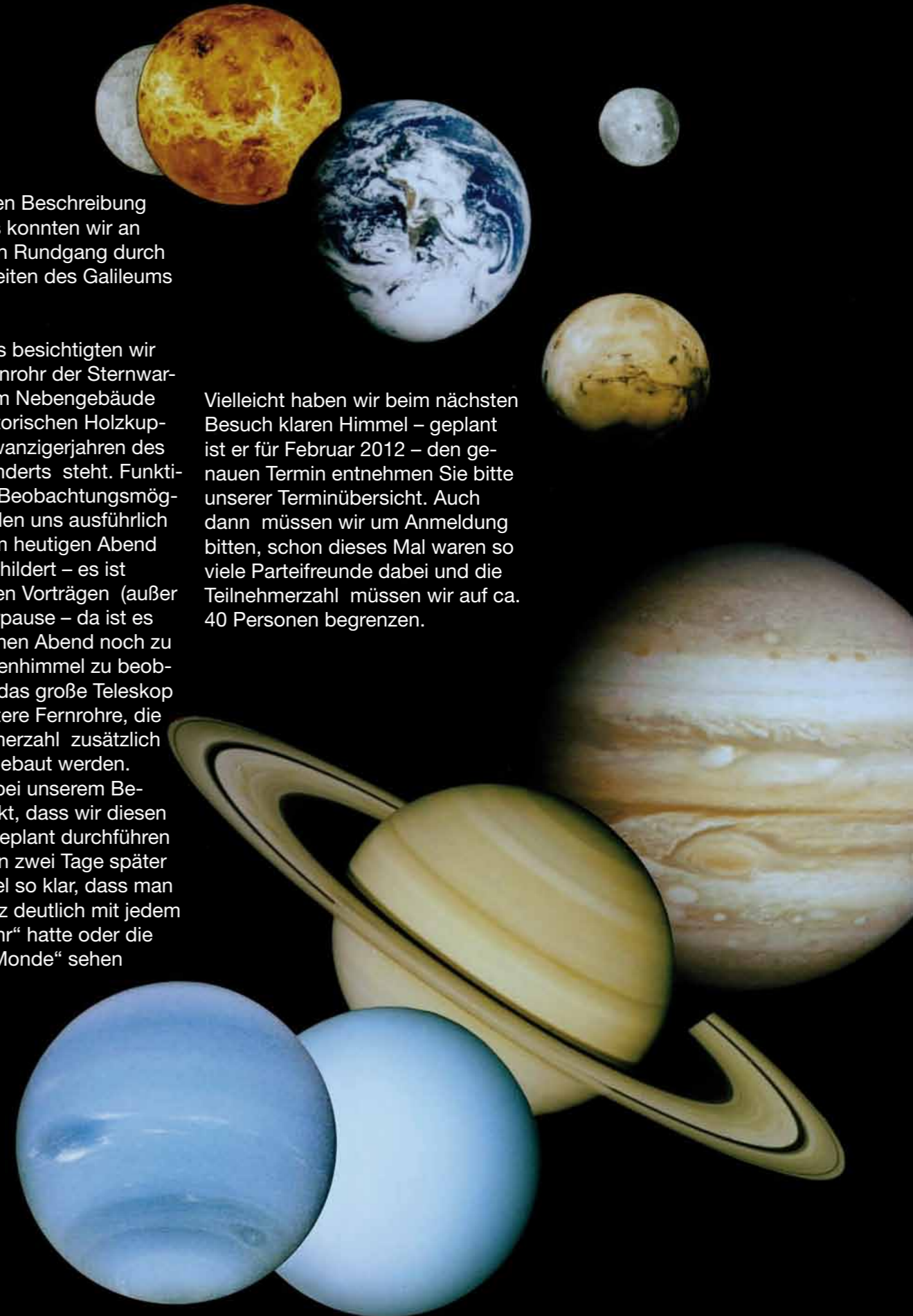
So kann der Kugelgasbehälter vor dem Schneidbrenner bewahrt werden und eine neue Sternwarte mit Planetarium entstehen, die ein vielfältiger Veranstaltungsort und eine attraktive Bildungseinrichtung wird. Stadt und Region werden dadurch auch in touristischer wie kultureller Hinsicht aufgewertet.



Nach der kurzen Beschreibung des Vorhabens konnten wir an einem virtuellen Rundgang durch die Räumlichkeiten des Galileums teilnehmen.

Zum Abschluss besichtigten wir das größte Fernrohr der Sternwarte, das in einem Nebengebäude unter einer historischen Holzkuppel aus den Zwanzigerjahren des letzten Jahrhunderts steht. Funktionsweise und Beobachtungsmöglichkeiten wurden uns ausführlich geschildert: Am heutigen Abend leider nur geschildert – es ist üblich, nach den Vorträgen (außer in der Sommerpause – da ist es einfach am frühen Abend noch zu hell) den Sternenhimmel zu beobachten, durch das große Teleskop und durch weitere Fernrohre, die je nach Besucherzahl zusätzlich im Garten aufgebaut werden. Leider war es bei unserem Besuch so bewölkt, dass wir diesen Teil nicht wie geplant durchführen konnten. Schon zwei Tage später war der Himmel so klar, dass man den Mond ganz deutlich mit jedem Krater „im Rohr“ hatte oder die „Galileischen Monde“ sehen konnte....

Vielleicht haben wir beim nächsten Besuch klaren Himmel – geplant ist er für Februar 2012 – den genauen Termin entnehmen Sie bitte unserer Terminübersicht. Auch dann müssen wir um Anmeldung bitten, schon dieses Mal waren so viele Parteifreunde dabei und die Teilnehmerzahl müssen wir auf ca. 40 Personen begrenzen.



# Altersarmut - ein gesellschaftliches Problem

Das Thema Altersarmut und die damit verbundenen negativen gesellschaftlichen Auswirkungen wird die Politik in Zukunft immer stärker beschäftigen. Der Anteil derjenigen, die heute gemäß § 41 SGB XII die Grundsicherung im Alter beziehen, ist gegenwärtig mit weniger als 3 % der Ruheständler noch recht gering. Allerdings werden in der näheren bis mittelfristigen Zukunft gebrochene Erwerbsbiographien und niedrige ruhestandfähige Einkommen zu sehr geringen Anwartschaften führen. Auch Klein- und Kleinstselbstständige gehören zu dieser wachsenden Problemgruppe. Menschen, die lebenslang gearbeitet haben, werden mit den von ihnen erworbenen gesetzlichen Rentenansprüchen nicht existieren können. Monatliche Renten von ca. 700,- € bis 800,- € oder weniger reichen für die Wohnung einschl. der Betriebskosten und das Leben einfach nicht aus. Aus diesem Grunde werden immer mehr Menschen mit einer eigenen Erwerbsbiographie auf staatliche Hilfen angewiesen sein.

So wie die Erwerbsarbeit mit Sinn, Erfüllung und Würde verbunden ist, betrifft dieses auch den Lebensabend. Das Beantragen von Transferleistungen (wie zum Beispiel ergänzende Hilfen zum Lebensunterhalt oder Wohngeld) ist für die betroffenen Personen, die bisher für sich selbst sorgen konnten, eine Entwertung.

Doch auch die finanziellen Folgen für den Staat und die damit verbundenen Sozialleistungen werden eine Herausforderung für unsere Gesellschaft darstellen. Im Zuge der Alterung der Gesellschaft läuft eine Kostenlawine auf die BRD zu, die Bund, Länder und Kommunen von voller Härte treffen wird: Schon jetzt betragen die Ausgaben für Sozialleistungen in der Stadt So-

lingen eine signifikante Menge des Gesamthaushaltes, Tendenz stark steigend! Gesellschaftspolitisch ist dieses ein Pulverfass, und durch diese Situation kann der soziale Frieden in Deutschland nachhaltig gestört werden.

Sicherlich wird die demographische Entwicklung den bundesdeutschen Arbeitsmarkt zukünftig verändern. Während es lange Zeit nicht genug Arbeit für alle gab und wir über einen langen Zeitraum Massenarbeitslosigkeit als beinahe selbstverständlich hingenommen, kämpfen viele (insbesondere kleine und mittelständische) Unternehmen schon heute in einigen Bereichen mit einem Fachkräftemangel. Zukünftig werden qualifizierte Arbeitnehmer händeringend gesucht werden, und zwar in allen Segmenten des Marktes. Allerdings wird es auch Menschen geben, deren Ausbildung und persönliche Leistungsfähigkeit nicht dazu ausreichen wird, eine befriedigende Erwerbsbiographie vorzuweisen. Deshalb ist es nach meiner Auffassung sehr wichtig, dass sich die Politik mit den sich abzeich-



Peter Märkel

nenden finanziellen Auswirkungen der aufgezeigten Entwicklung und unseren zukünftigen Rentnergenerationen auseinandersetzt. Die dauerhafte Alimentierung von Menschen kann und darf nicht die alleinige Aufgabe des Sozialstaates bzw. einer humanen Gesellschaft sein. Wir müssen als politisch handelnde Personen zügig ein tragfähiges Konzept für die nächsten Jahrzehnte entwickeln.

Der „Regierungsdialog Rente“ der Bundesregierung ist ein richtiger und wichtiger Schritt in diese Richtung, und der gesamtgesellschaftliche Dialog soll einen Gesetzesentwurf bis zum Sommer des kommenden Jahres ermöglichen. Dieses umfasst neben allgemeinen Betrachtungen der Problematik schon heute recht konkrete Vorstellungen zu einzelnen Konzeptionen wie der „Zuschuss-Rente“, der „Erwerbsminderungsrente“ oder der „Kombirente.“

Die Liberalen haben einige Vorstellungen formuliert, um dem Problem einer verstärkt um sich greifenden Altersarmut zu begegnen: Bildung ist in der „Wissensgesellschaft“ der Schlüssel, um den Menschen eine dauerhafte Perspektive im Arbeitsmarkt zu ermöglichen und Altersarmut zu vermeiden. Der Zugang zur Bildung beginnt im frühkindlichen Bereich, die Kette ist ab dort über die Schule, Ausbildung oder Studium bis hin zur dauerhaften Weiterbildung zu ziehen. Ohne Qualifikation geht es nicht.

Die Tarifpartner und die Tarifautonomie müssen gestärkt werden, um den Arbeitsmarkt verlässlich und stabil zu gestalten. Wichtiger als alle populistischen Rufe nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn sind tragfähige Regelungen der fachkundigen Partner vor Ort, die in ihrem Segment die Arbeitsbedin-

gungen (und somit auch die Löhne) gerecht gestalten - dazu gehören auch festgelegte Untergrenzen als Reaktion auf sittenwidrige Armuts-löhne.

Sowohl die private Vorsorge in Form kapitalgedeckter Modelle als auch die betriebliche Altersvorsorge sind zwingend auszubauen. Diese Säulen sollen die gesetzliche Rente ergänzen und den Menschen ein ausreichendes Einkommen gewährleisten. Wichtig ist, dass diese Vorsorgeleistungen nicht mit der möglicherweise notwendigen Grundsicherung verrechnet werden, um die Anreize nicht zu konterkarieren. Hier wäre es sogar anzudenken, die private Vorsorge Stück für Stück verpflichtend zu machen.

Auch der Staat ist gefordert, seinen Teil beizutragen: Gute Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung sind zu schaffen, um den Bürgerinnen und Bürgern eine dauerhafte Perspektive im Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Dazu gehört eine vernünftige Steuer- und Abgabenpolitik, Bürokratieabbau, Investitionen in Bildung und Forschung sowie die Stärkung des Mittelstandes als Rückgrat unserer deutschen Wirtschaft. Die Bundesagentur für Arbeit und alle kommunalen Jobcenter sind aufgefordert, die Menschen bestmöglich zu betreuen und ihnen die Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Schwarzarbeit ist konsequent zu bekämpfen, dieses sichert Jobs und Sozialversicherungsbeiträge.

All das ist ein langer und beschwerlicher Weg, aber die Sicherung der Arbeit und die damit verbundene Vermeidung der entwürdigenden Altersarmut ist es wert.

Peter Märkel





# Mitgliederentscheid 2011

Informationen zum FDP-Mitgliederentscheid über den Euro-"Rettungsschirm"

Die FDP ist die einzige Partei in Deutschland, die das Recht eines Mitgliederentscheids in ihrer Bundessatzung (§ 21) verankert hat

Mit der Versendung der Abstimmungsunterlagen und weiteren Informationen tritt der FDP-Mitgliederentscheid über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in die entscheidende Phase. Alle FDP Mitglieder haben nun die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben und an die Bundesgeschäftsstelle zurückzusenden, das Resultat soll spätestens am 17. Dezember verkündet werden.

„Ich bin nicht Deiner Meinung, aber ich werde alles dafür tun, dass Du Deine Meinung sagen kannst!“, so drückte es Voltaire aus.

Unsere Partei bietet mit dem Mitgliederentscheid die Chance für eine öffentliche Diskussion, um sich über den richtigen Weg für Europa auszutauschen. All dies zeigt: die FDP ist eine lebendige Partei, die den Meinungs-austausch nicht scheut. Der Mitgliederentscheid ist schon jetzt ein Gewinn für die demokratische Streitkultur in Deutschland.

Es gilt anzumerken, dass der Mitgliederentscheid sich lediglich damit befasst, ob der ESM ein geeignetes Instrument zur Bewältigung der Schuldenkrise ist.

Um einen Anti-Euro-Kurs zu verhindern und so die politische Handlungsfähigkeit der Partei zu sichern, beschloss der Bundesvorstand einen eigenen Antrag - eine Alternative zur Vorlage des Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler. Dieser möchte mit dem Entscheid eine Ablehnung des dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM erreichen. Der Antrag der Parteispitze mit der Überschrift „Europa auf dem Weg zur Stabilitätsunion“ sieht dagegen künftige Euro-Hilfen vor, formuliert dafür aber rote Linien.

FDP-Chef Philipp Rösler machte deutlich, dass anders als die „Euro-Skeptiker“ die Parteiführung nicht nur nein sage, sondern Lösungen für den Weg zu einer Stabilitätsunion in Europa aufzeige. Die Liberalen stünden klar zu Europa. Neue Nothilfen für kriselnde Euro-Länder dürfe es bei Einhaltung bestimmter „Prinzipien“ geben. „Jede Form von Nothilfe darf nur das letzte Mittel sein, wenn die Stabilität der Euro-Zone insgesamt in Gefahr ist“, heißt es in dem Vorstandsantrag, der fast einstimmig angenommen wurde. Nur Schäffler enthielt sich.

Ich möchte darauf hinweisen, wie es bereits auch Christian Linder richtigerweise formuliert hat, dass es bei dem Mitgliederentscheid nicht um die aktuellen Ereignisse in Griechenland geht, sondern vielmehr um die

künftige Rolle der Euro-Zone und ihrer Institutionen. Der ESM ist nur ein Teil der angestrebten Stabilitätsunion.

Auf Dauer braucht der Finanzmarkt auch neue Regeln, damit sich eine solche Krise nicht wiederholt. Mittelfristig müssen wir dazu gelangen, dass auch für die Schulden von Staaten, Vorsorge für den Fall von Zahlungsschwierigkeiten getroffen werden. Der beste Weg dazu ist, dass man ein geregeltes Insolvenzverfahren (so wie es Phillip Rösler vorgeschlagen hat) für Euro-Staaten errichtet. Damit eine solche geregelte Staateninsolvenz auch künftig keine Dominoeffekte auslöst, benötigen wir auch permanent einen Mechanismus, der solche Kettenreaktionen notfalls unterbricht und die Durchführung einer solchen geregelten Insolvenz überwacht: Diese Aufgabe soll dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ab 2013 zukommen. Damit dies möglichst selten geschieht, benötigen die Schuldenbremsen des europäischen Rechts „mehr Biss“! Sanktionen für die Verletzung europäischer Schuldenbremsen müssen quasi automatisch ohne politischen Ermessensspielraum erfolgen.

Wir, die rund 65.000 Mitglieder, können nun in den nächsten Wochen zwischen Schäfflers Antrag (Antrag A) und der Position der Parteispitze (Antrag B) entscheiden. Das Ergebnis der Abstimmung ist für die Parteiführung bindend, wenn sich mindestens 30 Prozent der Mitglieder beteiligen. Die einfache Mehrheit entscheidet.

Nutzen Sie alle diese Gelegenheit, informieren Sie sich (vielseitige Informationen erhalten Sie auch unter [www.mitgliederentscheid.fdp.de](http://www.mitgliederentscheid.fdp.de)) und entscheiden Sie mit - Ihre Stimme ist wichtig !!!

Ihr  
Volker Klein  
(stellv. Kreisvorsitzender)



Podiumsdiskussion zum EFSF / ESM des KV Wuppertal im InterCity Hotel Wuppertal  
Volker Klein (RM) Marcel Hafke (MdL) Johannes Vogel(MdB) Burkhard Hirsch (Innenminister a.D.)



Mitglieder Information Mitte

## Solingen ohne Lutherkirche?

1.) Ausbau und Attraktivierung Konrad-Adenauer-Straße

Der Vorstand Mitte führte ein Gespräch mit der Bürgerinitiative „Nordstadt“ zum Komplex Ausbau und Attraktivierung Konrad-Adenauer-Straße. An dem Gespräch nahmen von der Nordstadt Herr Schönlebe und Herr Schultes sowie als weitere Liberale U.G. Müller und Gaby Reimers teil. Nach dem Gespräch stellten wir Anträge in der BV - Mitte und im Bauausschuss. Die Verwaltung nahm sich dieses Antrags an und erläuterte den derzeitigen Stand für den Ausbau.

2.) Signalanlagen in Solingen Mitte

Die BV - Mitte und der Bauausschuss beschäftigten sich sehr eingehend auf Antrag der FDP mit der Frage, wo es alle Signalanlagen in den Grenzen der BV Mitte gibt. Die Anfrage beinhaltete die Frage, wann diese Signalanlagen erneuert werden müssen und welche noch dringend benötigt werden. Hintergrund ist der Abbau der Anlagen und der kostengünstigere Bau von Kreisverkehren und Fußgängerüberwegen. Hier war die Antwort nicht zufriedenstellend, so dass wir in der BV-Mitte und im Bauausschuss weiter am Ball bleiben werden.

3.) Umbau Kölner Straße

Der OV hat sich sehr eingehend mit dem Umbau der Kölner Straße vom Dickenbusch bis zur Hauptpost beschäftigt. Wir sind der Auffassung, dass hier nicht für eine unbefriedigende Lösung soviel Geld ausgegeben werden sollte. Man sollte hier erst eine Entscheidung treffen, wenn der Neubau am Neumarkt errichtet ist und dann die Verkehrsströme ermesst werden können. Ebenso hängt auch dies mit dem Umbau Dickenbusch zusammen, ob man hier eine neue Signalanlage baut oder einen Kreisverkehr. Alles, was jetzt umgebaut wird, kostet den Steuerzahler viel Geld welches wir weder in Solingen noch im Land haben - auch wenn ein Zuschuss des Landes fließt, SPD, Grüne, BfS und Linke haben sich unserer Denkweise nicht angeschlossen, sondern für den Umbau gestimmt.

Das können wir uns nicht vorstellen! Das markante Wahrzeichen am Eingang zur Innenstadt von einem Bauzaun abgesperrt, dem Verfall preis gegeben - ein trostloseres Bild kann es wohl kaum geben.

Das Engagement aller Bürgerinnen und Bürger ist jetzt gefragt.

Daher kann der Aufruf des Lutherkirchen-Bauvereins Solingen e.V. nur unterstützt werden.

Vielleicht können auch Sie sich zu einem Beitritt entschließen.



### Rettet die Lutherkirche!

Wie aus den örtlichen Medien bekannt sein dürfte, soll die Lutherkirche Solingen zum 26.05.2013 endgültig geschlossen werden, wenn keine Dritte gefunden werden, die zur Finanzierung des Gebäudes beitragen.

Für die laufende Unterhaltung werden pro Jahr ca. 70.000,00 Euro benötigt. Für größere Instandhaltungen, alle 15 bis 20 Jahre ist nochmals der gleiche Betrag als Rücklagenbildung erforderlich.

**Wir suchen ca. 700 Personen, die bereit sind, monatlich 10,00 bis 20,00 Euro als steuerlich absetzbare Spende an den Lutherkirchen-Bauverein zu zahlen.**

**Sollten wir diese 700 Personen bis zum Ende des Jahres 2012 nicht als Mitglieder gewonnen haben, werden wir die eingezogenen Beträge zurück überweisen.**

Sie spenden nicht für den Bauzaun.

Ihr  
Jörg Gebel

Lutherkirchen-Bauverein Solingen e.V.  
Kontaktdaten:  
Jörg Gebel, Tel.: 0212-2471260

# Ex-Press liberal

Organ des virtuellen Ortsverbandes Höttenscheid-Kastellberg im Kreisverband der FDP-Solingen

Liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde,  
liebe Leserinnen und Leser,

allen Höttenscheid-Kastellberger Mandatsrägern, die dabei waren, ist ja nicht entgangen, dass unsere diesjährige alternative Klausurtagung in ihrer flexiblen Gestaltung und ihrer mobilen Auswirkung ein bewegender Event in der Geschichte unseres Ortsverbandes wurde.

Es ist dem Ortsvorstand und seinen Beisitzern gelungen, allen Teilnehmern und über den Internetblog auch der gesamten Mitgliedschaft, den Eindruck zu vermitteln, dass man nicht nur am grünen Tisch klare Markierungen zum Sparprogramm und zur Haushaltssicherung unseres Gemeinwesens zu setzen weiß, sondern auch vor Ort den Finger in die Wunde legt.

Denn - mit der virtuellen Ortsteilbegehung ist es auch gelungen, Glanzlichter und Brennpunkte in Augenschein zu nehmen und realistisch zu würdigen.

Den geladenen Fachreferenten sei darum besonders attestiert, dass dank ihres Engagements auch dem einfachen Bürger verständlich wurde, dass auch Randgruppen in unserem kommunalen Umfeld willkommen sind und wozu ergonomisch und Design prämierte Ruhemöbel im öffentlichen Raum sinnvoll und zweckmäßig, aber auch teuer sein müssen. Ebenso steht nunmehr fest: es dient der Volksgesundheit, wenn Reisende nach langem Sitzen in Fernreisezügen der Deutschen Bundesbahn sich allzu bequemer Aufzüge an Bahnsteigen enthalten und ihre Koffer über sportliche Distanzen zum Taxi rollen. Das stabilisiert - medikamentenfrei und kostenneutral - die Muskulatur und den Kreislauf.

Mit zunehmendem Staunen blickten die Teilnehmer des virtuellen Rundgangs in die leeren Schaufenster vieler Einzelhandelsgeschäfte in allen Ortsteilen, hinter denen sich schemenhaft die Links eindeutiger Mietforderungen verbargen. Ist es da Ironie oder Schicksal, wenn in überbeuerten Ladenlokalen Waren zu Schleuderpreisen angeboten werden?

Als Hauptwort der Tagung sollte das



Substantiv „Leere“ gekürt werden, obwohl darin schon ein Widerspruch an sich liegen würde, denn „Leere“ hat nun absolut keine Substanz. Was sich übrigens den Tagungsteilnehmern ebenso beim Anblick der wasserlosen Becken zweier unserer Schwimmhallen sehr bildhaft darstellte. Die anwesenden Vertreter der Verwaltung mussten, wie erwartet, ihr Konzept zur Bäderlandschaft Höttenscheid-Kastellbergs als ein „Leerstück“ ohne Schlussakt einfließen lassen. Womit wir mit dem „panta rhei“ des Heraklith ganz nahe an griechische Verhältnisse in unserem Umfeld heranreichen könnten. Solange aber noch die Kassenkredite munter weiter sprudeln, ist eben alles im Fluss, wenn es aber dort ist, dann ist es rein geografisch schon den Bach runter.

Nach solchen Rundblicken wird auch dem letzten Zweifler klar: Es ist ein Akt der gemeindlichen Wirtschaftsförderung, wenn finanzbelastete Planungen nicht in den engen Räumen unserer Verwaltung entwickelt werden, sondern überregionalen Gutachtern anvertraut werden, die deren Kosten nach einschlagenden Gebührenrechnungen ermitteln.

Das leuchtet ein.

Mit aufrichtigen liberalen Grüßen  
Ihr

Frank Unruh

## Impressum Herausgeber:

FDP Kreisverband und Fraktion  
im Rat der Stadt Solingen  
Kölner Str. 8, 42651 Solingen  
0212-204567, info@fdp-sg.de

Ulrich G. Müller (V.i.S.d.P)

Öffnungszeiten:

Mo.-Do. 9.00 bis 16.00 Uhr  
Fr. 9.00 bis 13.00 Uhr

**Redaktionsschluss  
für die nächste Ausgabe:**

**19. Januar 2012**